

Im internen Kreis der Führungskräfte des "Neuen Forums" wird als politische Hauptfrage jedoch nach wie vor die Zulassung einer die Partei- und Staatsführung kontrollierenden politischen Opposition angesehen. Mit diesem Ziel streben u. a. die BOHLEY, Prof. REICH und PFLUGBEIL eine Taktik der zwei Richtungen an: Zum einen sollen Veranstaltungen mit großer Öffentlichkeit (ohne Gewalt) organisiert bzw. mitgestaltet werden; zum anderen wolle man dazu übergehen, die inhaltliche Arbeit mit einem ausgewählten Kaderstamm konspirativ in kleinen Gruppen durchzuführen. Ergebnisse dieser Arbeit sollen dann in die öffentlichen Veranstaltungen einfließen. Unverkennbar ist aber auch, daß eine Reihe maßgeblicher Kräfte des "Neuen Forums", vor allem in den unteren Ebenen, als Verfechter extremer, aktionistischer Positionen auftritt.

Die undifferenzierte Unterbindung des Einflusses des "Neuen Forums" und von dieser Sammlungsbewegung ausgehender Aktivitäten würden mit erheblichen Auswirkungen des begonnenen gesellschaftlichen Dialogs verbunden sein und nicht zur Stabilisierung der innenpolitisch Lage beitragen. ↓ ashler

2. Am 29. Oktober 1989 fand im Evangelischen Diakoniewerk "Königin Elisabeth"/Berlin-Lichtenberg die sog. Gründungsveranstaltung der antisozialistischen Sammlungsbewegung "Demokratischer Aufbruch" statt, an der ca. 200 Personen, darunter die Pfarrer EPPELMANN/Berlin, HÜLSEMANN/Berlin, PAHNKE/Borgsdorf und RICHTER/Weimar sowie Rechtsanwalt SCHNUR/Rostock teilnahmen.

In einer Grundsatzrede erläuterte Pfarrer RICHTER die wesentlichsten Inhalte der sogenannten programmatischen Erklärung vom 2. Oktober 1989 (Trennung von Staat und Parteien, Entwicklung einer freien Öffentlichkeit und freier Willensbildung, Trennung von Staat und Gesellschaft sowie gesellschaftliche Kontrolle des Staates, Zusammenspiel von Plan und Markt, ökologischer Umbau der Industriegesellschaft).

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU  
090157

Er betonte, daß der "Demokratische Aufbruch" eine politische Vereinigung sei, die sich zur Partei entwickeln und im Rahmen demokratischer Verfassungsgrundsätze handeln wolle.

Als Ziel nannte er den "demokratischen Aufbruch in eine leistungsfähige Industriegesellschaft mit ökologischer und sozialer Grundrichtung".

Im Anschluß daran wurden in einer teilweise kontrovers geführten Diskussion die Standpunkte zu den vorliegenden Materialien (siehe Anlage 1) ausgetauscht.

Insbesondere die Pfarrer EPELMANN und RICHTER sowie der Soziologe NEUBERT forderten die Aufhebung der führenden Rolle der SED in der Gesellschaft. Weitere Teilnehmer sprachen sich für die Entwicklung eines Gesellschaftskonzepts nach schwedischem Muster aus.

Dagegen sprachen sich Pfarrer SCHORLEMMER/Wittenberg und Rechtsanwalt SCHNUR gegen einen Konflikt mit der SED und dem sozialistischen Staat aus. Ihren Auffassungen zufolge sollten jetzt keine Debatten über politische Fehlentscheidungen der SED geführt werden.

Nach Abschluß der Diskussion wurde festgelegt, die vorliegenden Materialien bis zum 31. Dezember 1989 in den Bezirksorganisationen weiter zu diskutieren. Eine noch zu bildende Programmkommission soll die Überarbeitung vornehmen.

Von den 161 anwesenden stimmberechtigten Personen stimmten 140 Personen für die Bildung einer politischen Partei bis zum 1. Mai 1990. Dabei soll die gegenwärtige politische Entwicklung in der DDR, insbesondere die Führungsschwäche der SED, zielgerichtet ausgenutzt werden.

Die Mehrheit der Delegierten sprach sich mit Blick auf die beabsichtigte Parteigründung dafür aus, zum Vorsitzenden des "Demokratischen Aufbruchs" eine Person zu wählen, die in der Lage ist, "mit demokratischen Kräften in der DDR umzugehen".

## MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU  
000158

Im Ergebnis der Wahl entschieden sich 108 stimmberechtigte Personen für Rechtsanwalt SCHNUR zum Vorsitzenden des "Demokratischen Aufbruchs". (Pfarrer EPELMANN erhielt 20 und Pfarrer RICHTER 16 Stimmen.)

Des weiteren wurden in den Vorstand gewählt: KÖGLER, Brigitta/Jena (Rechtsanwältin), EPELMANN, Rainer/Berlin (Pfarrer), RICHTER, Edelberd/Weimar (Dozent), WIRZEWSKI, Herbert/Milmersdorf (Schlosser), Dr. EBELING, Fred/Hennigsdorf (Ingenieur), PAHNKE, Rudi/Borgsdorf (Pfarrer), NEUBERT, Erhardt/Berlin (Soziologe), ZILLER, Christiane/Berlin (Musikdramaturgin) und Nooke, Günter/Forst (Physiker).

Entsprechende Festlegungen über die Funktionsverteilung sollen auf im November 1989 stattfindenden Vorstandssitzungen erfolgen.

Eine erste Delegiertenversammlung ist für den 16. Dezember 1989 in Leipzig vorgesehen.

Bis zu diesem Zeitpunkt soll der Vorstand Gespräche mit weiteren Sammlungsbewegungen führen, um Vorstellungen für ein koordiniertes Vorgehen zu erörtern.

Darüber hinaus soll sich der Vorstand mit einem auf der Zusammenkunft mündlich unterbreiteten Vorschlag befassen, der Vorstellungen enthält, was in der DDR-Gesellschaft erhalten bleiben soll (u. a. keine Gefährdung der Existenz der DDR, keine Entmachtung der SED, keine Wiedervereinigung mit der BRD; Bewahrung dessen, was der Gesellschaft und den Menschen nutzt).

Dem Vorstand wurde außerdem ein Maßnahmenplan übergeben, der u. a. folgende Aufgaben beinhaltet:

- Schaffung eines legalen Informationsblattes,

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

6 BStL  
000159

- Beteiligung an der geplanten Demonstration am 4. 11. 1989 in Berlin und Stellen von Ordnungskräften,
- Erarbeitung eines Aufrufs, um profilierte Persönlichkeiten für den "Demokratischen Aufbruch" zur Mitarbeit zu gewinnen,
- Einrichtung eines Sekretariates,
- Schaffung eines Begegnungs- bzw. Kommunikationszentrums.

Die Gründungsveranstaltung wurde mittels Videotechnik aufgezeichnet. Diese Aufnahmen sollen dem ZDF-Korrespondenten SCHMITZ durch Pfarrer EPPELMANN übergeben werden.

Über die Zusammenkunft wurde eine Presseerklärung verfaßt, die an zentrale Medien in der DDR und der UdSSR (TASS) sowie an in der DDR akkreditierte Korrespondenten westlicher Medien übergeben wird.

Wie weiter intern bekannt wurde, plant die antisozialistische Sammlungsbewegung "Böhlener Plattform/Vereinigte Linke in der DDR" die Durchführung einer Konferenz im Zeitraum vom 24. bis 26. November 1989, auf der programmatische Dokumente erörtert werden sollen.

3. Erkennbar sind ernstzunehmende Bestrebungen der bekannten Sammlungsbewegungen, eigene Informationsmaterialien mit Zeitungscharakter ohne Genehmigung herauszugeben. So plant das "Neue Forum" die Herausgabe einer in Abständen von 14 Tagen erscheinenden "Zeitung" (Forma A 4, ca. 10 Seiten, Auflagenhöhe um 5 000 Exemplare), deren erste Ausgabe am 11. November 1989 im Zusammenhang mit dem 2. zentralen Treffen von Führungskräften des "Neuen Forums" erscheinen soll. Bekannt wurde darüber hinaus die Verbreitung einer sogen. Sonderausgabe Bezirksinformationsblatt Magdeburg des "Neuen Forums" vom 23. Oktober 1989 (vergl. Anlage 2), deren Original in Räumen der Evangelischen Akademie der Kirchenprovinz Sachsen hergestellt